Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

27.11.1931 (No. 277)

Visual Library

Nr. 277 Freitag, den 27. November 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Laval zur Reparationsfrage

Der französische Standpunkt

In der französischen Kammer hat am Donnerstag Ministerpräsident Laval zur Reparationsfrage gesprochen. Seinen Ausführungen dürfte vor allem die Absicht zugrunde gelegen haben, **vor Beginn der Verhandlungen über das Reparationsproblem** das Vorfeld nach Möglichkeit zugunsten Frankreichs abzustecken. Die Rede bringt die französischen Maximalforderungen und war auch bis zu einem gewissen Grade durch innerpolitische Rücksichtnahmen beeinflußt.

Wesentlich neue Gesichtspunkte kamen nicht zum Vorschein. So hat Laval zum Beispiel mit seiner Äußerung, daß eventuell Änderungen des Youngplans auf die Zeit der Wirtschaftskrise beschränkt sein müßten, nur den bekannten französischen Standpunkt wiederholt, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen **nur ein Provisorium** zustande kommen dürfte. Daß Deutschland, weil es von der Auffassung ausgeht, daß die Überwindung der Weltkrise mit allen Kräften angestrebt werden muß, ein Definitivum fordert, ist bekannt. Auch in einem anderen Punkte hat Ministerpräsident Laval nur den bekannten französischen Standpunkt nochmals unterstrichen, nämlich, als er darlegte, daß die Reparationsforderungen Frankreichs nur in dem Maße herabgesetzt werden dürften, als die Gläubiger Frankreichs die Forderungen herabsetzten.

Beifall erhob sich, als Laval auf die Reparationsfrage übergehend, sagte, Deutschland habe als Schuldner eine gewisse Großmannssucht bewiesen; die Gewohnheit Deutschlands sei es, alles schöner zu gestalten und die nationale Aufrüstung zu vervollkommnen, aber in dem Augenblick, in dem man zahlen solle, sich für zahlungsunfähig zu erklären.

Der Abg. **Germain-Martin** beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Mißverständnis zwischen Deutschland und Frankreich. Er meinte, man müsse auf wirtschaftlichem Boden eine Politik der Annäherung betreiben. Der sozialrepublikanische Abg. **Chabrun** bedauerte die Schwierigkeiten einer deutsch-französischen Verständigung, die nach seiner Ansicht jetzt größer seien als früher. Der Abg. Franklin **Bouillon** (Sozialrad. Linke) sprach dem deutschen Volke jedes Vertrauen ab. Er habe auch kein Zutrauen zu dem Basler Sachverständigenausschuß. Als Franklin Bouillon davon sprach, daß die deutsche Sozialdemokratie die nationale Einigung betreibe, während die französischen Sozialisten sie in Frankreich nicht mitmachen wollten, entstand minutenlanger Lärm. Sozialistische Abgeordnete erklärten, die Sozialdemokratie unterstütze Brüning gegen Hitler.

Drei Tagesordnungen

Es fand eine **Nachtsitzung** statt, in der der Kammerpräsident die vorliegenden **drei Tagesordnungen** verlas: Die sozialistische Tagesordnung appelliert an die Zusammenarbeit und die Völkersolidarität, verlangt die Stabilisierung der Währung und des Warenaustausches, die Organisierung der Produktion, die Erhöhung der Kaufkraft, die allmähliche Herabsetzung der Rüstungen, die zu einer allgemeinen, gleichzeitigen und konsolidierten Abrüstung führen müsse, und fordert die Regierung auf, bereits jetzt die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die zusammenhängenden Probleme: Kredit, Schulden und Reparationen, zu lösen.

Die radikale Tagesordnung spricht von der Notwendigkeit größerer Bemühungen, um die internationale Zusammenarbeit. Sie erachtet die deutsch-französische Annäherung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet als die Grundlage der internationalen Zusammenarbeit, brandmarkt die Verheerungen, die der Nationalismus in der öffentlichen Meinung angerichtet habe und fordert dann u. a.: 1. internationale Organisation der Produktion und des Güterumlaufs, 2. gleichzeitige Herabsetzung und kontrollierte Begrenzung der Rüstungen, 3. Erweiterung der Befugnisse des Völkerbundes und Organisierung der internationalen Sicherheit, Internationalisierung der Luftschiffahrt, der Eisenbahn- und Schiffahrtslinien, Verbot der privaten Herstellung und des privaten Verkaufs von Waffen, Munition und Kriegsmaterial.

Die dritte, linksrepublikanische Tagesordnung lautet: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut ihr, daß sie die Rechte Frankreichs wahrt und eine Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit befolgt.

Vertrauensvotum für die Regierung Laval

WTB. Paris, 27. Nov. (Tel.). Die Kammer hat um 3 Uhr früh die bereits im Wortlaut gemeldete von der Regierung angenommene Tagesordnung der Linksrepublikaner mit 325 gegen 150 Stimmen angenommen, nachdem die Priorität sowohl für die sozialistische, wie für die radikale Tagesordnung abgelehnt worden war. Gegen die Priorität dieser beiden Tagesordnungen hatte Laval die Vertrauensfrage gestellt.

Aus der Kammerdebatte, die der Abstimmung voranging, sei noch nachgetragen: Der sozialistische Abgeordnete Léon **Blum** erklärte, was sich gegenwärtig in Deutschland abspiele, habe sich auch in Frankreich schon in gleicher Weise abgespielt, daß nämlich gewisse Leute ihre nationale Solidarität aufgegeben und ihre Guthaben im Auslande belassen hätten. Würde Frankreich die Ruhr wieder besetzen, wenn Deutschland bankerott machen würde? Ministerpräsident **Laval** erwiderte hierauf, zwischen privaten Schulden und Reparationen bestehe keine Verbindung. Er übersehe nicht das Vorhandensein der Privatschulden, die jedoch nicht Gegenstand einer Regelung auf der Regierungskonferenz sein könnten, aber selbstverständlich könne man darüber sprechen, hätten doch die Sachverständigen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen. Abg. **Herriot** betonte in Begründung der radikalen Tagesordnung die Notwendigkeit deutsch-französischer Zusammenarbeit.

Letzte Nachrichten

Die Winterhilfe

Ausführungen des Reichsfinanzministers

VDZ. **Berlin**, 27. Nov. (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab heute die **Deutsche Volkspartei** die Erklärung ab: Eine Beratung über die **Winterhilfe**, die erhebliche finanzielle Mittel erfordern werde, sei nicht möglich, bevor die Regierung dem Ausschuß **Auskunft über die gegenwärtige Finanzlage** des Reiches gegeben habe. Da die **Regierung** zu einer solchen Auskunft noch nicht bereit sei, könnten sich die Vertreter der Deutschen Volkspartei an der **Beratung nicht beteiligen.**

Reichsfinanzminister **Dietrich** erklärte, daß es sich bei der Bereitwilligkeit der Reichsregierung durch Bereitstellung von Mitteln eine **Verbilligung der für die Ernährung notwendigen Produkte** zu ermöglichen, um die Einlösung einer Zusage handele, die sie seinerzeit im Zusammenhang mit der Neuregelung von Zöllen gegeben habe. Für die Erklärung der Deutschen Volkspartei habe er insofern Verständnis, als es nicht gut möglich sei, über eine **neue Belastung** der Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden, sowie der sozialen Versicherungsträger zu verhandeln, solange über die Gestaltung der öffentlichen Finanzen noch Verhandlungen und Beratungen schwebten.

Vom Standpunkt seines Ressorts müsse er deshalb den Wunsch aussprechen, daß im gegenwärtigen Moment keine große Belastung der Reichsfinanzen für die Winterhilfe beschlossen werde. In der Hauptsache handle es sich bei den Wünschen nach einer Winterhilfe um **Kartoffeln, Brot, Fleisch und Kohle.** Zur Verbilligung der **Kohlenpreise**, bei der es sich um die Ergänzung einer privaten Aktion handle, sei eine Reihe von Dingen in die Wege geleitet worden, deren Ergebnis noch unübersichtlich sei, einige Reviere hätten sich bereit erklärt, Kohle umsonst zur Verfügung zu stellen, andere zu verbilligten Preisen. Die Ruhrkohlenindustrie habe eine Million Tonnen zu 10 RM. pro Tonne zur Verfügung gestellt. Sie würde sicher schon für zwei Millionen Familien ausreichen. Dazu trete dann die Hilfe der anderen Reviere. Das Reich sei bereit, noch 12 Millionen Reichsmark beizusteuern, um die Hilfsaktion der Kohlensyndikate zu verstärken. Auch zur **Brotpreisfrage** sei bereits eine freiwillige Verbilligungsaktion im Gange; ebenso bei den **Kartoffeln.** Die Reichsregierung sei bereit, für diese Verbilligungsaktion 10 Millionen Reichsmark aufzuwenden aus Mitteln, die noch beim Reichsernährungsministerium zur Verfügung ständen, so daß der Etat nicht von neuem belastet werde. Dazu sollen noch 5 Millionen gegeben werden, so daß die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem **Fleisch** für die Dauer von drei Monaten sichergestellt sei.

Ein Reichskurortegesetz

CNB. **Berlin**, 27. Nov. (Priv.-Tel) Reichsverkehrsminister **Treviranus** ist an den Reichsminister des Innern mit dem Antrage herangetreten, ein **Reichskurortegesetz** zum Gegenstand einer Ressortbesprechung zu machen.

Vor einiger Zeit hat der Reichsverkehrsminister bereits in der Öffentlichkeit die Schaffung einer **einheitlichen Grundlage für die rechtmäßige Führung der Bezeichnung „Kurort"** für notwendig erklärt, um der Fortentwicklung der deutschen Bäder die staatlich notwendige Hilfe zu geben. Ein Ort mit der Bezeichnung „Kurort", soll den Kur- und Erholungsbedürftigen eben alles gewähren, was von einem Orte unter dieser Bezeichnung erwartet werden kann. Über die Gestaltung des Gesetzes ist den zuständigen Reichsbehörden Material vom Allgemeinen Deutschen Bäderverband überreicht worden.

Französische Einfuhrdekrete. Das französische Amtsblatt veröffentlicht mehrere Einfuhrdekrete. Danach ist das Einfuhrkontingent für Rindfleisch aus dem Auslande erschöpft und Rinder können nicht mehr vor dem 1. Januar 1932 nach Frankreich eingeführt werden. Dagegen werde die Einfuhr von Weihnachtsbäumen während der Zeit vom 1. bis 25. Dezember 1931 erlaubt.

Französische und englische Stimmen

WTB. **Paris**, 27. Nov. Nach dem „Petit Journal" entspreche das Programm Lavals dem Empfinden der großen Mehrheit der Kammer. „La République" schreibt: Die Mehrheit hat **nicht** applaudiert, als der Ministerpräsident von der deutsch-französischen Zusammenarbeit sprach. Sie hat dagegen mit lärmendem Beifall die Stelle der Rede aufgenommen, wo von der Aufrechterhaltung der **Rüstungen** gesprochen wurde. — „Echo de Paris" erklärt, man darf den Ministerpräsidenten von 1931 nicht für die vorhergegangenen Fehler verantwortlich machen. — Nach der „Volonté" sind Lavals Gedanken fragmentarisch und **nicht geeignet**, namentlich Deutschland auf dem Wege der Annäherung zu ermutigen.

*

WTB. **London**, 27. Nov. (Tel.) Anläßlich der gestrigen Kammererklärung des französischen Ministerpräsidenten Laval wendet sich „Times" gegen die bekannte von Frankreich aufgestellte These der Verschwendungssucht Deutschlands in der Ausgabenpolitik. Irrtümlicherweise werde angenommen, daß die deutschen Schulden die Folgen einer übertriebenen Anleihepolitik für unproduktive Zwecke seien, und daß deshalb die Gläubiger die Strafe für ihre eigene Unvorsichtigkeit tragen müßten. Es sei kaum zweifelhaft, daß ein **viel längere Atempause** nötig ist, als das von Präsident Hoover herbeigeführte einjährige Schuldenfeierjahr, bis Deutschland sich genügend erholt hat, um eine neue Einschätzung seiner Zahlungsfähigkeit zu ermöglichen.

Wirtschaftliche Umschau

Die Gefahren für die deutsche Ausfuhr — Die Lage der deutschen Schwerindustrie

Die Weltwirtschaft steht mitten in einer Entwicklung zu extremen **Schutzzöllen** hin, welche den deutschen Außenhandel und die deutsche Volkswirtschaft aufs schwerste bedroht. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres hat der deutsche Ausfuhrüberschuß einen Wert von 2360 Millionen Reichsmark erreicht. Diese Zahl gab an und für sich die Aussicht, daß Deutschland der Grenze von 3 Milliarden nahekommen würde, die man als Mindestgrenze bezeichnet hat, um durch den Ausfuhrüberschuß (abgesehen von den suspendierten Reparationen) die Verzinsung unserer Auslandsschulden (allein etwa 1½ Milliarden im Jahre), die Tilgung der langfristigen Anleihen, die Abtragung der kurzfristigen Auslandsschulden, die notwendige Einfuhr bestreiten zu können. Wir müssen nun damit rechnen, daß Deutschland jetzt durch die in allen wichtigen Abnehmerländern teils bereits getroffenen, teils im Gange befindlichen protektionistischen Maßnahmen stark zurückgeworfen wird, wozu noch die Mauern kommen, welche verschiedene Länder durch das Abgehen vom Goldstandard aufgerichtet haben. Man spricht davon, daß durch diese Vorgänge 50 bis 70 Proz. der deutschen Ausfuhr in eine Gefahrenzone gelangt sind und daß sich wohl schon im Verlauf der nächsten Monate die Auswirkungen der Schritte des Auslands auf unseren Außenhandel zeigen werden.

Der schwerste Schlag gegen die allseits als notwendig erkannten Bemühungen, durch Herbeiführung eines Wirtschaftsfriedens zwischen den Staaten und durch einen Abbau der Zollmauern die Weltkrise zu bekämpfen, geht von **England** aus. Die nach den Wahlen ans Ruder gelangte englische konservative Regierung hat bereits jetzt für eine große Zahl industrieller Fertigwaren Wertzölle in Höhe von 50 Proz. in Kraft gesetzt, die an diesem Mittwoch wirksam geworden sind. Darunter befinden sich Messerschmiedewaren, Keramik, Packpapier, Textilwaren, Herrenkonfektion, Werkzeuge, Schreibmaschinen, Linoleum, Radioapparate, kosmetische Waren, Gummireifen u. a., etwa 15 Proz. der englischen Fertigwareneinfuhr. Dazu kommt noch, das englische Valutadumping, so daß man für diese Waren fast mit einer Einfuhrsperre rechnet und nur ganz besonders in England bevorzugte deutsche Exportwaren noch Aussicht haben, über diese Mauern hinwegzukommen. England ist einer unserer wichtigsten Abnehmer und hat uns von unserer Ausfuhr in den ersten 9 Monaten 1931 für 800 Millionen Reichsmark abgenommen. Die neuen Zölle treffen dabei fast ein Fünftel dieses Wert der deutschen Ausfuhr nach England, und es ist damit zu rechnen, daß noch **weitere Waren** von weiteren neuen englischen Zollmaßnahmen getroffen werden, insbesondere Produkte der Schwerindustrie. Natürlich werden auch andere Länder betroffen und kündigen schon Gegenmaßnahmen an, wie Amerika die sofortige Erhebung von Ausgleichszöllen für englische Waren und Frankreichs gleichfalls Zollerhöhungen und Kontingentierungen der Wareneinfuhr aus England.

Deutschland, das in seiner Ausfuhr mangels großer erfaßbarer, sonstiger Anlagen im Ausland das Hauptaktivum erblicken muß, ist genötigt, auf der Seite der Herabsetzung der Produktionskosten vorzugehen und ferner seine Einfuhr vor allem an Lebensmitteln, durch Förderung der landwirtschaftlichen Produktion einzuschränken. Es muß dabei gleichzeitig alles versuchen, seine Position am Weltmarkt durch vertragliche Abmachungen, wo es nur irgend geht, zu behaupten. Insofern haben wir noch eine Frist, als die Bezahlung der deutschen Exportüberschüsse der letzten Monate nun erst allmählich eingeht, wobei allerdings die devisenpolitischen Maßnahmen in Österreich, Ungarn und der Balkanländern noch weiter bremsen. Immerhin ist anzunehmen, daß die Zahlungsbilanz der nächsten Zeit nicht so ungünstig aussehen wird, wie wahrscheinlich der Rückgang der Handelsbilanz, mit dem wir nun rechnen müssen. Denn nicht nur England etwa macht uns solche Schwierigkeiten, sondern fast alle anderen Länder, die für unsere Ausfuhr wichtig sind, Frankreich, die Schweiz, Belgien, Polen, Italien treiben eine ähnliche Politik.

Seit 4 Jahren ist man bestrebt, auf internationalem Wege unter Mitwirkung des Völkerbunds Erleichterungen für den Warenaustausch in der Welt herbeizuführen. Im März 1930 kam man in Genf zur Kompromißlösung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

eines einjährigen Zollwaffenstillstandes. Ein Jahr darauf, beim Wiederzusammentritt der Wirtschaftskonferenz, in diesem März 1931, mußte aber ihr Präsident feststellen, daß die Bestrebungen einen wirklichen Zollfriedensschluß herbeizuführen, fehlgeschlagen sind. Dann hat sich die Verwirrung immer mehr vergrößert. Wir haben nun zwar die Verhandlungen mit Frankreich, um zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu gelangen. Hier handelt es sich jedoch um den Versuch, mit Hilfe von Kartellvereinbarungen und staatlichen Zugeständnissen sich zwischen zwei Staaten zu einigen, wobei man uns wahrscheinlich eine gewisse Möglichkeit in den französischen Kolonien geben will. Es ist sehr fraglich, ob dadurch der Ersatz auch nur eines Teiles der bedrohten deutschen Ausfuhr möglich ist.

*

Es besteht wenig Aussicht, daß die **Internationale Rohstahlgemeinschaft**, die allerdings nur den europäischen Kontinent, mit Ausnahme von Polen, umfaßt, und die außerdem nurmehr eine sehr lockere Vereinigung darstellt (um sich selbst wenigstens formell am Leben zu erhalten) mit ihrem Ablaufen am Jahresende wieder zu einem festen internationalen Kartell wird. Und dies, obwohl nun auch die Schwerindustrie in England bereits weitgehende Zollwünsche äußert, die Aussicht auf Erfüllung durch die englische Regierung haben. **Deutscherseits** ist das Interesse an der Gemeinschaft nicht sehr groß, da Deutschland an dem Produktionsrückgang der letzten Zeit am stärksten beteiligt ist nach dem Saargebiet, Frankreich und Luxemburg, während nur Belgien die Kontingente, welche für die Erzeugung der einzelnen Länder festgesetzt wurden, überschritten hat. Von der Zugehörigkeit zur IRG. hat nämlich die so besonders benachteiligte deutsche Industrie jetzt wenig Nutzen, weil alle Strafquoten, die früher für Überproduktion bestanden und an die Industrie der weniger produzierenden Länder zu bezahlen waren, jetzt abgeschafft sind und Deutschland so davon nicht profitieren kann, während es früher tüchtig zahlen mußte. Von den übrigen großen Eisenproduktionsländern zeigt sich England wenigstens zu einer Zusammenarbeit geneigter, während Polen übertrieben hohe Kontingente verlangt und mit Amerika überhaupt kaum eine Verständigung möglich erscheint. Man versucht, nun sich wenigstens in **einzelnen Gruppen** der IRG. über die Produktionsmengen zu verständigen.

Über die **deutsche Eisenindustrie** lauten die Berichte an sich nicht allzu ungünstig. Der größte Trust der deutschen Schwerindustrie, die Vereinigten Stahlwerke AG., kurz **Stahlverein** genannt (der etwa ein Drittel der deutschen Roheisenerzeugung umfaßt), berichtet über das Krisenjahr 1930/31, daß Produktion und Umsatz nun doch ihren Tiefstand erreicht zu haben scheinen. Die Rohstahlerzeugung hat in der letzten Zeit sogar zugenommen, was auf die erhöhten Zuweisungen von **Reichsbahnaufträgen** zurückzuführen ist, die sowohl an die Hüttenwerke wie an die verarbeitende Industrie gelangten. Das Ausfuhrgeschäft leidet durch das englische Valutadumping, die Schutzzoll- und Devisenmaßnahmen zahlreicher Länder, sowie unter der Schwierigkeit der Finanzierung der Ausfuhr, den Schwierigkeiten aller anderen deutschen Industrien. Meldungen, die von einer drohenden Überfremdung des Stahlvereins durch das Ausland (Frankreich) sprechen, werden mit dem Hinweis darauf als unzutreffend bezeichnet, daß die Gründerwerke und die Großaktionäre nach wie vor fest im Besitz ihrer Aktienpakete sind. Freilich wird an dem Bericht des Stahlvereins, dessen mit gewaltigen Geldmitteln modernisierte Anlagen auf viele Jahre hinaus keine Aussicht haben, voll ausgenutzt zu werden, Kritik geübt und eine durchgreifende Reorganisation seiner finanziellen Grundlagen gefordert. Insofern hat die deutsche Schwerindustrie auch eine Erleichterung in ihren Produktionsschwierigkeiten erfahren, als es nun gelungen ist, mit Schweden sich über die langfristig, nach dem heutigen Stand **zu viel zu hohen Überpreisen** abgeschlossenen Erzverträge zu einigen, so daß das Lieferungsrecht der Schweden zunächst bis zum Ende des Jahres ruht und für das kommende Jahr eine Neuregelung in Aussicht steht. Die schwedische Erzproduktion war zu solchen Zugeständnissen gezwungen, da sie selbst außerordentlich hohe Vorräte hat. * *

Sensationelle Verhaftung im Sklarek-Prozeß

CNB. **Berlin**, 27. Nov. (Priv.-Tel.) Im Sklarek-Prozeß gab es heute vormittag eine **sensationelle Überraschung.** Der für heute als Zeuge geladene frühere Prokurist der Berliner Anschaffungsgesellschaft, der Kaufmann Ernst **Sommermeier**, wurde zum größten Erstaunen der Angeklagten und ihrer Verteidigung **aus der Untersuchungshaft vorgeführt**, ohne daß bisher die Tatsache seiner Verhaftung bekannt war.

Sommermeier, ein 46jähriger Mann, wurde unter Aussetzung der Beeidigung als Zeuge gehört und zunächst vom Vorsitzenden über den Grund seiner Inhaftierung befragt. Sommermeier erklärt, daß er seit Montag dieser Woche in Untersuchungshaft genommen worden sei, und zwar werde **ihm Untreue** zur Last gelegt, da er in den Jahren 1927 bis 1929 Gelder in seiner Eigenschaft als Prokurist der BAG. für sich selbst verwendet haben soll. Der **Staatsanwalt** teilte hierzu mit, daß das Verfahren schon längere Zeit schwebe, auf den Prokuristen Sommermeier aber erst jetzt ausgedehnt worden sei.

Die Konstanzer Antifaschisten auf freien Fuß gesetzt. Da von Italien kein Antrag auf Anwendung des § 120 des Reichsstrafgesetzbuchs gestellt worden ist, sind am Donnerstag die drei Antifaschisten, die nach dem mißglückten Start auf dem **Konstanzer** Flugplatz zu einem Propagandaflug über italienisches Gebiet am 7. November verhaftet worden waren, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Bassanesi wurde lediglich wegen Paßvergehens zu 250 RM. und Roselli wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 100 RM. Geldstrafe verurteilt. Gegen Tarchiani wurde keine Anklage erhoben.

Die hessische Affäre

Amtliche Erklärungen

Wie vom **Oberreichsanwalt in Leipzig** zu den Haussuchungen in Hessen mitgeteilt wird, sind diese nicht auf seine Veranlassung erfolgt. Ob es sich tatsächlich um ein hochverräterisches Unternehmen handele, lasse sich noch nicht überblicken. Auf jeden Fall bedürfe die ganze Angelegenheit noch der eingehenden Prüfung und Klärung. Soweit das Schriftstück Bests als Stütze zur Feststellung des Tatbestandes in Betracht kommt, handelt es sich doch offenbar um Maßnahmen, die sich gegen eine **auf Grund der jetzt geltenden Verfassung** im Amte sich befindliche Regierung **nicht** richten, vielmehr ist vorausgesetzt, daß eine solche legale verfassungsmäßige Regierung **gestürzt** und durch die **Herrschaft der „Kommune"** ersetzt sei.

Der **hessische Innenminister** erklärte, er habe erst indirekt und zu einem späteren Zeitpunkt von den Mitteilungen des Abg. Schäfer, der sich zunächst an preußische Behörden wandte, Kenntnis bekommen. Die Haussuchungen in Hessen hätten lediglich dem Zweck der Sicherstellung von Beweismitteln gedient. Unabhängig von der strafrechtlichen Würdigung der Angelegenheit sei festgestellt, daß an der Echtheit der Belastungsdokumente nach den bisherigen Feststellungen nicht zu zweifeln sei.

Nationalsozialistische Erklärungen

Reichstagsabgeordneter **Göhring** hat im Auftrage des Parteiführers **Hitler** dem Reichsinnenminister folgende Erklärung übermittelt: „Die Nachrichten über angebliche Hochverratsverhandlungen der Partei in Hessen sind der **Parteileitung** erst durch die Presse bekanntgeworden. Die Reichsleitung, sowie die maßgebenden Parteistellen, haben damit nicht das geringste zu tun. Die Reichsleitung steht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und beschworenen **Standpunkt strengster Legalität.** Sie wird die Vorgänge in Hessen untersuchen und gegen jeden, der nicht die Weisung der Legalität befolgt hat, rücksichtslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen."

*

Auch die Gauleitung Hessen lehnt es entschieden ab, mit diesen Plänen auch nur das geringste zu tun haben. Sollte es sich bewahrheiten, daß einzelne Mitglieder direkt oder indirekt sich mit Plänen dieser Art identifizierten, dann würden sie sofort und unwiderruflich und auf dauernd ausgeschlossen. Es wird weiter gesagt, daß jeder, der sich mit illegalen Absichten oder Plänen trage, als ein bewußter Provokateur erklärt werde.

In einer Erklärung **Bests**, der als Verfasser des Manifestes gilt, wird u. a. gesagt, er sei der Verfasser eines Entwurfes, von dem Einzelheiten in dem von dem preußischen Innenminister der Presse übergebenen „Materials" teils richtig, teils geändert, wiedergegeben seien. Als um den 1. August d. J. allgemein ein kommunistischer Aufstand erwartet wurde, und von den Dienststellen der NSDAP. keine Weisungen für diesen Fall gegeben wurden, entschloß ich mich, ohne Auftrag und ohne Fühlungnahme mit den amtlichen Verwaltern der Partei, zur Ausarbeitung von Richtlinien. Wenn die legalen Vertreter des Staates durch den geglückten Hochverrat der KPD. beseitigt worden wären, hätte nach meiner Auffassung die nationale Bewegung, an ihrer Spitze die NSDAP., die Pflicht gehabt, aus eigenem Recht, die Ernährung und den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen. Den Entwurf meiner Richtlinien übergab ich einigen Mitarbeitern, darunter dem jetzigen „Denunzianten" **Schäfer**, Offenbach, zur Rückäußerung über die rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten meiner Vorschläge. In diesem Stadium blieb die Bearbeitung der Angelegenheit für sich beruhen, da die politische Entwicklung nach dem 1. August d. J. eine weitere Erörterung überflüssig machte. Keine Dienststelle der NSDAP., besonders auch weder der damalige Gauleiter Gmeinder, noch die Reichsleitung, haben von meinem Entwurf Kenntnis erhalten.

Der Abg. Schäfer wurde von der Reichsanwaltschaft in Leipzig vernommen. Er erklärte, er habe nicht die Absicht gehabt, ein Verfahren wegen Hochverrats in Gang zu bringen, sondern wollte nur maßgebende Kreise auf unsinnige wirtschaftliche Ansichten in nationalsozialistischen Kreisen aufmerksam machen.

Die Reichssteuereinnahmen im Oktober

WTB. **Berlin**, 27. Nov. (Tel.) Die Einnahmen des Reiches im Oktober sind im ganzen gegenüber der Einnahme im Oktober 1930 mit 1082,8 um 189,4 Mill. RM. zurückgeblieben. Die Steuereingänge für das Rechnungsjahr 1931 sind neu veranschlagt worden. Daraus ergibt sich, daß gegenüber den Ansätzen des vom Reichstag verabschiedeten Haushaltsplanes die Besitz- und Verkehrssteuern um 750,5, die Zölle und Verbrauchsabgaben um 276,1, die gesamten Einnahmen mithin um 1026,6 niedriger veranschlagt worden sind.

Der japanisch-chinesische Konflikt

Ein Vorschlag Tschanghsueliangs?

WTB. **Tokio**, 27. Nov. (Tel.) **Der französische Botschafter hat dem Minister des Auswärtigen mitgeteilt, daß Tschangtseliang dem französischen Gesandten in Peking zu verstehen gegeben habe, er sei bereit, die Besatzung von Tschintschau innerhalb der Großen Mauer zurückzuziehen und einen neutralen Landstreifen einzurichten, in dem Verwaltung und Polizei in chinesischen Händen liegen würden. Die amtlichen japanischen Stellen meinen, die Einrichtung eines neutralen Landstreifens würde die Lage sehr verbessern, sie machen jedoch Vorbehalte hinsichtlich der Frage der Polizei.**

Wiederaufflackern der Kämpfe

WTB. **Tokio**, 27. Nov. (Tel.) Die Hoffnung auf eine Lösung der chinesisch-japanischen Frage ist durch die Nachricht enttäuscht worden, daß der **Kampf in Tientsin** gestern abend wieder aufgenommen worden sei und daß **Tschangtseliang** der Besatzung von **Tschintschau** befohlen habe, zu einem **allgemeinen Angriff** gegen die Japaner zu schreiten. Das in einer Sondersitzung versammelte Kabinett hat beschlossen, die von den Militärstellen verlangte **Entsendung von Truppen** zur **Verstärkung der Besatzung** der japanischen Konzession in Tientsin sei noch nicht notwendig.

Aus den Reichstagsausschüssen

Im **Haushaltsausschuß** des Reichstages wurden am Mittwoch die Anträge verschiedener Fraktionen über die **Beamtengehaltskürzungen** beraten. Ein nationalsozialistischer Antrag, der die Kürzung der Gesamtbezüge des Reichspräsidenten, der Reichsminister und der Diäten der Reichstagsabgeordneten verlangt, wurde abgelehnt, da die nationalsozialistischen Abgeordneten nicht anwesend waren. Ein sozialdemokratischer Antrag betr. Änderung der Notverordnung vom 6. Oktober hinsichtlich der **Staffelung der Steuern** wurde angenommen.

Der **Wohnungsausschuß** des Reichstages beschloß die Beratung der Anträge über Fragen des Wohnungsbaues und der Neubaumieten ab. In einem angenommenen sozialdemokratischen Antrag wird die Reichsregierung ersucht, den **Kleinwohnungsbau** zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu fördern. Kleinhausbesitzer, deren Eigenhaus nur einen Friedenswert von etwa 5000 Mark hatte, sollen von der Zahlung der Hauszinssteuer befreit werden, wenn ihre soziale Lage es erfordert.

Kurze Nachrichten

Reichstagseinberufung abgelehnt. Der Ältestenrat des Reichstages lehnte am Donnerstag den kommunistischen Antrag ab, den Reichstag für Mittwoch einzuberufen. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten und die Deutschnationalen, während die Nationalsozialisten überhaupt nicht vertreten waren und die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei sich der Stimme enthielten, um zunächst ihre Fraktionen zu befragen. Die Kommunisten werden den Antrag erneuern.

Notverordnung zugunsten der westdeutschen Landwirtschaft? Innerhalb der Reichsregierung soll, den Blättern zufolge, die Absicht erwogen werden, durch eine neue Notverordnung ein Vollstreckungsschutz auch für die westdeutsche Landwirtschaft einzuführen. Damit würden eine Reihe von Bestimmungen der Osthilfe in der Notverordnung auch für den Westen Anwendung finden.

Grenzverletzung französischer Flieger. Wie die „Voss. Ztg." aus **Trier** berichtet, überflogen zwei französische Militärflieger die deutsch-französische Grenze bei Besch. Die Flieger flogen so niedrig, daß ihre Erkennungszeichen an den Tragflächen deutlich zu sehen waren. Nachdem sie eine kurze Strecke der Bahnstrecke Perl—Trier gefolgt waren, nahmen sie Kurs auf Frankreich.

Nachspiel zu den Eutiner Unruhen. Im Zusammenhang mit den letzten politischen Zusammenstößen in Eutin verurteilte das Große Schöffengericht in **Eutin** drei Angehörige des **Reichsbanners** wegen Waffenbesitzes und Landfriedensbruchs zu Freiheitsstrafen von **3 Monaten bis zu 1 Jahr Gefängnis**. Ein **Nationalsozialist**, der am Tage nach den Unruhen einen politischen Gegner mit einem Karabinerhaken verletzte, erhielt **6 Monate Gefängnis.**

Verhinderte Zwangsversteigerung. Zu einer bei dem Hofbesitzern Schulz und Haak in **Juliusburg** bei Lauenburg a. d. Elbe wegen rückständiger Steuern angesetzten Zwangsversteigerung waren etwa **300 Landleute** unter Mitführung einer **schwarzen Fahne** erschienen. Trotz mehrfacher Aufforderung wurde aber **kein einziges Gebot abgegeben.** Dagegen sang die Menge nationalsozialistische Kampflieder. Die Versteigerung mußte ohne Ergebnis abgebrochen werden.

Erfolgreiche Konservierungsarbeit in der Badischen Kunsthalle in Karlsruhe

** Das im Jahre 1840/41, während der Erbauung der Kunsthalle, von **Moritz von Schwind** gemalte große **Wandfresko** des Treppenhauses, bestehend aus einem Hauptgemälde, zwei Seitenstücken und fünf darüber liegenden Bogenfeldern, ist in den vergangenen Sommermonaten einer Konservierung unterzogen worden, die soeben beendet ist. An zahlreichen Stellen des kostbaren Denkmals, namentlich in seinen gelben und grünen Tönen, hatte die Farbe sich gehoben und begonnen abzufallen. Durch ein vorsichtiges Verfahren konnten alle gelockerten Farbpartikel erhalten und wieder befestigt werden; außerdem wurden die bereits vorhandenen Fehlstellen in zurückhaltender Weise so eingesetzt, daß das Fresko den ursprünglichen farbigen Zusammenhang wieder erhielt, ohne daß das Original irgendwie angetastet worden wäre; im Gegenteil, alle Ergänzungen bleiben genau kontrollierbar.

Die Arbeit wurde unter Leitung des Hauptkonservators Professor **Schmuderer, München**, von der amtlichen Restauratorin der Kunsthalle, Fräulein Marga **Eschenbach**, ausgeführt. Von dem Zustand der hauptsächlichsten Beschädigungen wurden vor Beginn der Arbeit photographische Aufnahmen gemacht, einige auch nach ihrer Fertigstellung. Diese Photographien sind zur Zeit im Treppenhaus der Badischen Kunsthalle, angesichts des Freskos, zur Besichtigung ausgestellt.

Der Reichsverband bildender Künstler, Gau Südwest, hat in **Karlsruhe** seine Hauptversammlung abgehalten. Der Verband hat mit 445 ordentlichen Mitgliedern den bisher höchsten Mitgliederstand erreicht. Die Höhe des Jahresbeitrages wurde wieder auf 10 RM festgesetzt. Dem Vorstand gehören jetzt an Professor Ule als erster, Maler K. Walter als zweiter Vorsitzender, Bildhauer F. Moser als erster und Maler W. Winkler als zweiter Schriftführer, Maler W. Leonhard als Kassenwart, sowie Malerin D. Zippelius und Maler E. Pfefferle als Beisitzer. In der Aussprache wurde der Vorstand beauftragt, dem Karlsruher Einzelhandel für die in ernster Notzeit der Karlsruher Künstlerschaft durch die veranstaltete Kunstlotterie geleistete Hilfe den wärmsten Dank auszusprechen. In einer Eingabe an die zuständigen Behörden wurde das Bedauern darüber ausgesprochen, daß man dem Verlangen des Vorstands, den Versicherungsbetrag für das durch den Münchner Glaspalastbrand vernichtete Bild restlos den lebenden bildenden Künstlern Badens für Aufträge und Ankäufe ihrer Werke zuzuwenden, nicht stattgegeben habe. (Es handelt sich hierbei um das beim Glaspalastbrand vernichtete große Gemälde Schwinds „Ritter Kunos Brautfahrt", für das die Karlsruher Galerie etwa 40 000 RM Versicherungssumme erhalten hat.) Es wurde bekanntgegeben, daß das Landesgewerbeamt in Berücksichtigung der gegenwärtigen Notlage zur Erleichterung etwaiger Beteiligung an Wettbewerben sich von jetzt ab Wettbewerbsunterlagen beschafft und in der Bücherei zur Einsicht auflegt. Außerdem wird auf die laufenden Wettbewerbe durch einen Anschlag im Lesesaal aufmerksam gemacht.

Goldenes Doktorjubiläum von Geh. Rat Dr. E. Fabricius. Der Lehrer für Alte Geschichte, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. E. **Fabricius** in **Freiburg** feierte dieser Tage das goldene Doktorjubiläum. Am 19. November 1881 erwarb er sich in Straßburg den philologischen Doktorhut, der ihm jetzt von der Universität Freiburg erneuert und in Gegenwart vieler Kollegen der Universität Freiburg überreicht wurde. Die juristische Fakultät der Universität Freiburg ernannte Fabricius zum Ehrendoktor beider Rechte. Auch der Tätigkeit von Dr. Fabricius als Vertreter der Universität Freiburg in der vormaligen Ersten Badischen Kammer und seiner selbstlosen Arbeit im Dienste des Roten Kreuzes während des Krieges wurde rühmend gedacht.

Professor Oehlkers, Darmstadt, Direktor des Botanischen Instituts Freiburg. Professor Oehlkers, der an der Techn. Hochschule in Darmstadt den Lehrstuhl für Botanik innehat, hat den Ruf als Professor der Botanik und Direktor des Botanischen Instituts an der Universität Freiburg angenommen. Er wird sein Amt im Sommersemester antreten. Als Direktor des Instituts amtiert gegenwärtig der vor einiger Zeit in den Ruhestand getretene Geheimrat Professor Dr. **Oltmann.** Als sein Nachfolger war ursprünglich Prof. Hans Kniep in Berlin in Aussicht genommen, der aber inzwischen verstorben ist.

Lya de Putti †. Die Filmschauspielerin Lya de Putti ist an Lungenentzündung in **New York** gestorben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus den Ländern

Preußische Beamtenschaft und NSDAP.

Im **Preußischen Landtag** hat die Nationalsozialistische Gruppe, unterstützt durch die Deutschnationale Fraktion, einen **Antrag** eingebracht, worin das Staatsministerium ersucht wird, den Beschluß vom 25. Juni 1930 aufzuheben, soweit durch ihn den Beamten die Zugehörigkeit und Betätigung für die NSDAP. verboten ist, da sowohl der Reichspräsident als auch der Reichswehr- und der Reichsinnenminister die Legalität der Hitler-Bewegung anerkannt haben.

Der Berliner Polizeipräsident hat den „Nationalsozialistischen Parlamentsdienst" bis zum 24 Februar nächsten Jahres verboten. Das Verbot erfolgte wegen einer in der Ausgabe vom 23. d. M. unter der Überschrift „Noch immer Ausnahmebestimmungen gegen die NSDAP." veröffentlichten Kleinen Anfrage des Abg. Kube. Die Veröffentlichung dieser Anfrage stelle, wie es in der Begründung heißt, den Versuch einer terroristischen Zersetzungspolitik in der Beamtenschaft dar. Sie verfolge den Zweck, die mit dem Vollzug von Gesetzen und Verordnungen befaßten Beamten in ihrer Tätigkeit durch die Androhung von Übeln und durch das bei den Lesern des Artikels geweckte Mißtrauen und Feindschaftsgefühl zu hemmen und zu hindern.

Schwierige Finanzlage in Mecklenburg-Strelitz

Im Landtag gab Minister Dr. Frhr. **v. Reibnitz** eine Regierungserklärung ab, in der er darauf hinwies, daß er dem Landtag schon vor einigen Monaten vorgeschlagen habe, den **Anschluß an Preußen** zu vollziehen. Inzwischen seien die Schwierigkeiten des Landes größer geworden. Der Monatserste werde nicht mehr fern sein, an dem die Staatsregierung nicht mehr in der Lage sei, die Beamtengehälter auszuzahlen. Die deutschnationale Fraktion brachte gegen den sozialdemokratischen Minister **v. Reibnitz** einen **Mißtrauensantrag** ein. Bei der Abstimmung unterlag die Regierung, da die bürgerliche Mitte mit der Rechten stimmte. Die Entscheidung über das Schicksal der Regierung der Großen Koalition wird in der in einer Woche folgenden zweiten Sitzung des Landtags fallen.

*

Severing gegen Winnig. Der preußische Innenminister Severing hat — wie die Blätter erfahren — gegen den früheren sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, August **Winnig**, ein disziplinares Ermittelungsverfahren eingeleitet, weil Winnig einen Vortrag auf einem nationalsozialistischen Schulungskursus in München gehalten hat.

Nationalsozialistischer Strafantrag gegen Severing. Der Abg. Kube (NS.) hat beim Oberstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin Strafantrag gegen den preußischen Innenminister Severing „wegen Gefangenenbefreiung und Störung einer Amtshandlung der Berliner Polizei" gestellt. Er begründet diesen Antrag mit den Vorgängen nach dem Vortrag des Ministers am 24. November.

Der deutsche Gesandte in Washington, von Prittwitz, wurde zum **Ehrendoktor** der Atlantic-University in Virginia Beach ernannt.

Kleine Chronik

Seit einigen Tagen wird in **Magdeburg** der Abteilungsdirektor bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Dr. **Wehmann vermißt.** Der Grund des Verschwindens ist noch nicht bekannt. Nach einer Erklärung der Bank sollen geschäftliche Unregelmäßigkeiten nicht die Ursache sein.

In **Berlin** wurde in der Berufungsinstanz der Schneider Hermann **Heidrich**, der den Überfall auf Polizeipräsident Zörgiebel im Gerichtssaal verübt hatte, wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung zu **4 Monaten Gefängnis** verurteilt. Die erste Instanz hatte auf 5 Monate erkannt.

Ludwig **Katzenellenbogen** ist gemäß einem Beschluß des Berliner Kammergerichts, das seine Freilassung gegen Kaution für **ungerechtfertigt** erklärte, heute, Freitag, nach Moabit wieder zurückgebracht worden, und zwar wurde er von der Charité ins Lazarett des Untersuchungsgefängnisses übergeführt, nachdem die Ärzte ihn für transportfähig erklärt hatten.

In der Eisengießerei der Berlinischen Maschinenbau-AG. vorm. **Schwartzkopff** in **Berlin** ereignete sich im Werk Scheringstraße heute, Freitag, kurz nach 10 Uhr vormittags, eine **schwere Explosion,** bei der **zwei Arbeiter schwer verletzt** wurden, die im Krankenwagen abtransportiert werden mußten. Eine Reihe von anderen Arbeitern erlitten leichte Brandwunden.

Badischer Teil

Das nationalsozialistische „Hakenkreuz-Banner" verwarnt

** Der Minister des Innern hat die in **Mannheim** erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung **„Hakenkreuz-Banner"** verwarnt. Anlaß dazu gaben die an den Artikel „Kleine Anfrage an Herrn Remmele" geknüpften Bemerkungen, welche im Sinne der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellen.

Aus den Parteien

Zu einer Meldung des nationalsozialistischen „Führer" mit der Überschrift **„Flucht aus der Deutschen Volkspartei"**, in welcher der Mandatsniederlegung des Abg. **Steinel, Pforzheim,** politische Motive unterstellt werden, wird uns von der **Deutschen Volkspartei** parteiamtlich mitgeteilt: 1. Rechtsanwalt Eugen Steinel, Pforzheim, hat **nur aus beruflichen Gründen** sein Mandat niedergelegt. 2. Für die politische Führung der Deutschen Volkspartei Badens in Fragen der Reichs- und Landespolitik trägt Herr Steinel bis zu dieser Stunde die Verantwortung und bekennt sich nach wie vor zu dieser Verantwortung. 3. Zwischen dem Landesvorsitzenden, Rechtsanwalt **Steinel** und Finanzminister Dr. **Mattes** bestehen **keinerlei Meinungsverschiedenheiten über die politische Führung.** 4. Die Mutmaßungen des „Führers" entbehren deshalb jeder Grundlage.

Coffeinfreier Kaffee Hag:
niemals schädlich,
immer vorzüglich.
Coffeinfrei und Hag,
darauf kommt's an!
2582

Die Wanderausstellung der DLG. 1932 in Mannheim

Vor 45 Jahren veranstaltete die kurz vorher von Max Eyth ins Leben gerufene **Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft** ihre erste Wanderausstellung in Frankfurt a. M. Auf ihrem Rundgang durch die deutschen Gaue wird sie mit ihrer **38. Wanderausstellung** im Jahre 1932 (31. Mai bis 5. Juni) in **Mannheim** einkehren. Um mit den Zielen und Aufgaben der Gesellschaft und ihrer Wanderausstellungen näher bekannt zu machen, wird am 3. Dezember d. J., nachmittags 5 Uhr in Mannheim (Kunsthalle) eine Versammlung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters **Dr. Heimerich** stattfinden, an der Vertreter der staatlichen und städtischen Körperschaften, Vertreter von Handel und Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, der Hochschulen sowie der Fach- und Tagespresse teilnehmen werden. Dazu wird uns geschrieben:

Es wird vielfach die Frage aufgeworfen, ob nicht unter den heutigen Zeitverhältnissen die Veranstaltung von Ausstellungen zurückgestellt werden müsse. Wer den Weg der D.L.G. während ihrer nun fast fünfzigjährigen Tätigkeit verfolgt und das Wesen ihrer Wirksamkeit erkannt hat, muß diese Frage für die Wanderausstellungen der D.L.G. unbedingt verneinen. Abseits jeder politischen Bestrebung hat die Gesellschaft unverrückbar ihr Ziel, nämlich die **Förderung der Landwirtschaft auf dem Wege der Selbsthilfe** verfolgt. Wann wären diese Bestrebungen wohl notwendiger gewesen, als in der heutigen Zeit? Mit ihren 45 000 Mitgliedern — fortschrittlichen Landwirten aus allen Betriebsgrößenklassen — hat sie die führenden Köpfe aus Praxis und Wissenschaft zu fruchtbarer Tätigkeit vereint, und wie kaum eine andere Körperschaft hat sie es vermocht, zwischen Stadt und Land, zwischen den Ländern diesseits und jenseits der Mainlinie Brücken zu schlagen und selbst in schweren Zeiten ziel- und kraftbewußt den Willen zur Tat aufrechtzuerhalten.

Die letzte Wanderausstellung der D.L.G., die in diesem Jahre in Hannover stattgefunden hat, ist dank eifriger Mitarbeit aller Beteiligten zu einem glänzenden Erfolg geworden. Sie brachte es in sechs Tagen auf 375 000 Besucher und konnte somit ihren Zweck, anregend und belehrend auf weiteste Kreise zu wirken, voll erfüllen. Hoffentlich gelingt es durch tatkräftige Förderung seitens aller beteiligten Stellen, auch für die kommende Mannheimer Ausstellung ein ähnlich günstiges Ergebnis zu erzielen.

Eröffnung der badischen Bauernschule am Bodensee

Am Sonntag fand in **Ittendorf** bei Überlingen die feierliche Eröffnung der badischen Bauernschule statt, die bereits am 17. November den Schulbetrieb mit 27 Schülern aufgenommen hat. Zu dem Eröffnungsakt waren zahlreiche Gäste aus Baden, Württemberg und der Schweiz, Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, aller landwirtschaftlichen Organisationen Badens, der Kreise Konstanz und Freiburg sowie Abgeordnete des Reichs- und Landtags erschienen.

Der Vorsitzende des Vereins badischer Bauernschulen in Freiburg, Generaldirektor Dr. **Schwörer,** begrüßte die Erschienenen, und anschließend sprach Reichsminister a. D. Dr. **Hermes,** Berlin, über die Aufgaben der Bauernschulen. Er hob vor allem hervor, daß auf dem Gebiete des Nachwuchses in der Landwirtschaft noch sehr viel nachgeholt werden müsse. Der Kampf um die Existenz des deutschen Bauernstandes müsse mit aller Energie, aber auch mit aller Besonnenheit geführt werden.

Nachdem Direktor Dr. Schwörer die Schule übernommen hatte, wurden Grüße und Wünsche überbracht für den Badischen Landtag von Präsident **Duffner,** vom Minister des Innern durch Landrat Dr. **Sander,** für die Badische Landwirtschaftskammern durch Dr. Graf **Douglas,** für den Badischen Bauernverein durch deren Präsident, Abg. **Schill,** für die badische landwirtschaftliche Genossenschaftsorganisation durch Präsident **Keidel.** Es sprachen ferner Vertreter des Kreises Konstanz und des Kreises Freiburg, sowie des Badischen Grundbesitzerverbandes. Für den Markgrafen Berthold von Baden sprach Freiherr **von Hornstein,** für die badischen Ökonomieräte und die Bauernschulen Landesökonomierat **Seifert,** ferner für die württembergischen Volkshochschulen Pfarrer **Bächle.** Der Leiter der neueröffneten Schule, Diplomlandwirt **Mauch,** gab dann die Versicherung ab, seine ganze Kraft der Förderung des bäuerlichen Berufsstandes zu widmen. Die Feier wurde von Musik- und Gesangsvorträgen umrahmt.

Tagungen

Eine Tagung des Vereins „Schwarzwälder Gasthofbesitzer" in **Freiburg** befaßte sich eingehend mit der ungewöhnlich schwierigen Lage des Hotelier- und Gaststättengewerbes. Der Jahresbericht wies bereits auf die starke rückgängige Konjunktur der letzten Saison hin. Ohne ausreichende Hilfsmaßnahmen sei, wie der Vorsitzende feststellte, ein völliger Zusammenbruch eines der wichtigsten Gewerbe unaufhaltbar. Ein Kapitalumschlag von unter 20 Prozent sei keine Seltenheit. Eine Anpassung der Realsteuern an die Ertragsmöglichkeiten der Hotels sowie die Anpassung der Grundvermögenswerte und Einheitswerte an den Ertragswert sei dringend notwendig. Der einzige Lichtblick ist die Feststellung des Geschäftsberichts, daß die im Ausland, vor allem in Holland betriebene Propaganda für die Schwarzwälder Gasthöfe guten Erfolg zu zeitigen vermochte. Der Voranschlag für 1932 sieht die Fortführung der begonnenen Propagandamaßnahmen vor.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Gau Baden, hielt in Karlsruhe eine Konferenz der Funktionäre ab. Es waren auf der Konferenz etwa 500 ehrenamtliche Mitglieder vertreten. Insbesondere beschäftigte sich die Tagung mit der sozialpolitischen und organisatorischen Lage, mit einzelnen Fragen des Versorgungs- und Fürsorgerechts, mit dem Spruchverfahren und mit speziellen Angelegenheiten der Kriegerhinterbliebenenversorgung. Die Leitung der Konferenz lag in den Händen des Gauvorsitzenden **Engelhardt,** Heidelberg. In der Aussprache wurden die vom Reichsbund eingeschlagenen Wege vollauf gebilligt, aber auch scharfe Kritik an den Abbbaumaßnahmen in der Kriegsopferversorgung und Fürsorge geübt und zum Ausdruck gebracht, daß alles aufgeboten werden müsse, um die Notlage der Kriegsopfer zu mildern und weitere Abbaumaßnahmen zu verhindern.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Ein neuer Tiefdruckausläufer ist von Westen herangezogen und hat uns unter auffrischenden Südwestwinden wieder Regen gebracht. Die westliche Luftzufuhr und damit das zeitweise regnerische Wetter werden anhalten. In der Höhe ist mit leichtem Temperaturrückgang zu rechnen, so daß auf dem Hochschwarzwald die Niederschläge in Schnee übergehen werden. **Voraussage:** Meist wolkig, zeitweise Regen und lebhafte Westwinde, in tiefen Lagen noch mild, Hochschwarzwald Temperaturrückgang und Schneefall.

Wasserstände: Waldshut 190 plus 2, Basel 10 plus 4, Schusterinsel 45 plus 3, Rheinweiler 182 plus 2, Kehl 196 minus 1, Maxau 361 minus 5, Mannheim 230 minus 7, Caub 154 plus 3.

Aus der Landeshauptstadt

Beginn des Levita-Prozesses am 16. Dezember

Am Mittwoch, den 16. Dezember, vormittags 8 Uhr wird unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors **Straub** die auf drei Tage berechnete Schöffengerichtsverhandlung gegen den Kaufmann Harry **Levita** aus Pfaffenbeerfurt und den Zeitungsverleger Johann **Pfeiffer** aus Baden-Baden ihren Anfang nehmen. Der Prozeß findet im Schwurgerichtssaal statt. Die Anklage lautet auf mehrfache **Erpressung und Erpressungsversuch** gegenüber den Geschäftsführern der Firmo Reemtsma Zigarrenfabriken G. m. b. H. in Altona.

Das Verfahren gegen **Levita** und den flüchtigen Kaufmann Willi **Schweck** aus Dortmund (das Verfahren gegen diesen wurde abgetrennt) wurde eingeleitet auf eine Anzeige der **Firma Reemtsma,** die dabei erklärte, sie habe keinerlei strafbare oder unlautere Machenschaften zu verdecken gehabt, jedoch an Levita und Schweck auf deren Drohung mit Veröffentlichung angeblich skandalöser Vorgänge erhebliche Geldbeträge bezahlt bzw. die zur Veröffentlichung bestimmten Broschüren abgekauft, weil sie unter den damaligen Verhältnissen im Frühjahr 1929 erhebliche geschäftliche Schädigungen durch solche Veröffentlichungen befürchtet habe. Auf neue Erpressungsversuche hin erfolgte die Anzeige; es wurde mit Veröffentlichungen in der „Badischen Volkszeitung" (die kürzlich ihr Erscheinen eingestellt hat) gedroht. Die in den Broschüren aufgestellten Behauptungen beziehen sich auf **steuerliche Vorgänge** bei den Firmen Reemtsma-Batschari, deren Verhältnisse Levita, der früher Direktor der Batschari-AG. war, und Schweck bekannt waren. Herr Philipp Reemtsma wird als Zeuge erscheinen.

Die Politik auf der Straße. Zur Anzeige gelangte ein Mitglied der Hitler-Jugend, das wiederholt Radfahrer, deren Räder schwarzrotgoldene Wimpel trugen, belästigte.

„Die blaue Adria" in den Badischen Lichtspielen im Konzerthaus

Den Platz an der Sonne: **die Adria,** zeigt dieser Film. Die Küsten der Adria berichten lebendig und eindrucksvoll von jahrhundertelange Kämpfen um Macht und Vormacht, von der Blüte und dem Zusammenprall der alten Kulturen, von Aufstieg und Untergang mächtiger Staaten und stolzer Städte. Griechische Tempel, römische Paläste und Amphitheater, byzantinische Kathedralen, romanische Dome, venezianische Paläste, schlanke Minaretts, trutzige Burgen säumen die Küste der blauen Adria und erzählen von Jahrtausenden. Und dies alles sieht das Auge, nimmt es auf und sättigt sich mit unendlichen, einzigartigen und unvergeßlichen Eindrücken und Erinnerungen.

Der Film zeigt uns zunächst Venedig, die **„Königin der Adria",** die herrliche Lagunenstadt auf 100 Inseln, mit ihren Kanälen und Palästen. In der Gondel fahren wir durch das Gewirr der Kanäle, sehen reizvolle Bilder von dem Strand- und Badeleben. **Triest** taucht auf, die bedeutendste Handelsstadt der Adria. Park und Schloß Miramare erinnern an den unglücklichen Kaiser von Mexiko. Weiter geht die Fahrt an der Küste Istriens entlang nach Pirano, einer alten venezianischen Kolonie, nach Pola, dem alten Kriegshafen mit seinem 2000-jährigen Amphitheater. **Abbazia,** der Sommerresidenz vieler Schönheitsköniginnen, am Golf von Fiume gelegen, zeigt bei seinem Blumenkorso und seinen sportlichen Veranstaltungen das Leben von der heiteren Seite. Wir genießen das prachtvolle Naturschauspiel der einzigartig-schönen Krka-Fälle, kommen gerade recht, zur Weinlese und können dabei die Volkstypen des Landes beobachten. Hoch in den Bergen liegt die uralte Bergfeste Klis. Trachten und Gebräuche der dalmatinischen Bevölkerung sehen wir in Krlika. **Montenegro, das Land der schwarzen Berge,** sieht man hier wohl **erstmals im Film.**

Im Rahmen dieses herrlichen Filmwerkes tanzt die bestens bekannte Tanzschule Cilla Herrmann, Karlsruhe, italienische Tänze. Es verspricht also auch das Programm der **Jubiläumswoche** der Badischen Lichtspiele — wie auch die Spielfolge der vergangenen Festspielwochen gehalten haben —, einen echten Kunstgenuß und einige interessante Stunden, zumal das Hausorchester unter bewährter Leitung des Kapellmeisters Braun auf voller Höhe ist.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	27. November		26. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.93	169.27	168.98	169.32
Kopenhagen 100 Kr.	82.42	82.58	82.42	83.58
Italien . . 100 L.	21.68	21.72	21.68	21.72
London . 1 Pfd.	15.07	15.11	15.18	15.22
New-York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.47	16.51
Schweiz . . 100 Fr.	81.52	81.68	81.57	81.73
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.06
Prag . . . . 100 Kr.	12.468	12.488	12.468	12.488

Effekten- und Geldmarkt

Die Börsen bleiben weiterhin geschlossen und wird für dieses Jahr eine Börsenöffnung nicht mehr erwartet. Im außerbörslichen Marktverkehr war das Geschäft in dieser Woche abwartend. Die Zurückhaltung erklärte sich aus der Unsicherheit über die bevorstehenden wichtigen politischen Entscheidungen. Die Grundtendenz war jedoch nicht unfreundlich. Montanwerte waren überwiegend befestigt. Renten waren etwas schwächer.

Die **Geldmärkte** sind weiter entspannt. Die Besserung an den deutschen Märkten hält an. Die Goldbewegungen sind fast ganz zum Stillstand gekommen. Auch die Devisenabflüsse sind zurückgegangen. Diese Wendung geht offenbar darauf zurück, daß die Reichsbank die Devisenzuteilungen für Kreditzahlungen aufs äußerste eingeschränkt hat. Auch die Kreditausleihungen der Reichsbank und der Notenumlauf haben sich günstiger entwickelt. Die Einwirkungen des Ultimos gehen nicht über das übliche Maß hinaus. Am Devisenmarkt war die Reichsmark international ein wenig fester.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 25. November 1931 beträgt der Londoner Goldpreis am 25. November 1931 für eine Unze Feingold 111 sh 10 d, in deutscher Währung nach dem Berliner Mittelkurs für ein englisches Pfund vom 25. November 1931 mit 15,46 RM. umgerechnet 86,4471 RM., für ein Gramm Feingold demnach 43,1463 Pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,77934 RM.

Die Frankfurter Börse gegen die Fortdauer der Börsenschließung. Der Börsenvorstand zu Frankfurt a. M. hat eine Entschließung gefaßt, in der gegen die Fortdauer der Börsenschließung nachdrücklichst Einspruch erhoben wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Liquidation einer Sparkasse. Aus **Wilhelmsfeld** (Amt Heidelberg) wird gemeldet: Die im Jahre 1898 gegründete Spar- und Darlehenskasse Steinachtal mußte infolge der unglücklichen Wirtschaftslage in Liquidation treten. Das Unternehmen, das eine Überschuldung von 250 000 RM. aufweist, wurde zuletzt von 260 Genossen der Gemeinden Altenbach, Altneudorf, Eiterbach, Hilsenhain, Lampenhain, Heiligkreuzsteinach, Peterstal, Schönau und Wilhelmsfeld getragen, die nunmehr in starke Mitleidenschaft gezogen sind. In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung wurde die Liquidation beschlossen, um den Konkurs zu vermeiden.

Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei vormals G. Sebold und Sebold & Neff, Durlach. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 19. Dezember 1931 einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. auf die Stammaktien für das Geschäftsjahr 1930/31 vorzuschlagen, unter Ermäßigung des Gewinnvortrags auf 81 262,14 RM.

Gemeinderundschau

Die Finanzlage der Gemeinden

In **Schwetzingen** lehnte der Gemeinderat die Erhöhung der Gemeinde-Biersteuer von 150 auf 200 Proz. ab. Der Bürgermeister machte von seiner Befugnis, diese Erhöhung anzuordnen, keinen Gebrauch, da aus der Erhöhung anstatt Mehreinnahmen Einnahmeausfälle zu erwarten sind und die Erhöhung deshalb als Maßnahme zum Ausgleich des Haushalts untauglich erscheint. Ferner kommt auf Anordnung des Bürgermeisters für 1931 die **Bürgersteuer** im dreifachen Betrage des Landessatzes zur Erhebung.

Der Gemeinderat **Durlach** hat den Entwurf einer Besoldungsordnung für die städtischen Beamten und Angestellten in Durlach abgelehnt. — Man zählt in Durlach 1777 Erwerbslose.

Der Stadtrat **Lörrach** hat der in der badischen Haushaltsnotverordnung vorgesehenen Besoldungsregelung bzw. Gehaltskürzung für die städtischen Beamten und Angestellten seine Genehmigung versagt, weil er eine weitere Kürzung der Gehälter der unteren Beamtengruppen nicht für angängig halte. Bürgermeister Dr. **Graser** hat hierauf gemäß der ihm nach Artikel 11 der badischen Haushaltsnotverordnung auferlegten Verpflichtung diese Besoldungskürzung mit Wirkung vom 1. November an in Kraft gesetzt.

Straßenneubau Mühlhausen (bei Wiesloch)—Tairnbach. In der letzten Woche wurde mit dem Bau der neuen Straße Mühlhausen—Tairnbach begonnen. Durch den Straßenbau wird eine größere Anzahl von Arbeiter beschäftigt, was zur Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt.

Eingemeindung abgelehnt. Die von der Staatsaufsichtsbehörde in der Badischen Haushaltsnotverodnung angeregte Vereinigung der Gemeinden Steinen, Höllstein, Hüsingen und Hägelberg (Wiesental) wurde von den beteiligten Gemeindevertretungen wegen zu geringer Ersparnis abgelehnt.

20 Jahre Krozinger Thermalquelle. Am 28. November jährt es sich zum 20. Male, daß die Krozinger Thermalquelle erschlossen wurde. In einer Tiefe von 583 Metern stieß man auf eine heiße Quelle, die in größerer Fülle als irgendeine andere deutsche Therme emporbrodelte, mehrere Meter hoch sprang und die Wiesen als dampfender Bach von 40 Grad Hitze durcheilte. Das Wasser ist stark mineral- und kohlensäurehaltig. Am 24. März 1914 wurde das erste Badegebäude der Öffentlichkeit übergeben.

Fürsorgemaßnahmen in Villingen. Die Villinger Gemeindebeamten stifteten in dankenswerter Weise für etwa 70 arme Schulkinder eine tägliche Milch- und Brotportion, und zwar für fünf Monate. — In den ersten sieben Monaten des Rechnungsjahres 1931/32 betrugen die Fürsorgeausgaben der Stadt Villingen 259 876 RM. gegenüber 201 465 RM. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, somit eine Zunahme um 58 000 RM.

Bürgermeister Dr. Horster in Waldshut zur Ruhe gesetzt. Der Bürgerausschuß beschäftigte sich am Mittwoch mit einem Antrag des Gemeinderats auf endgültige Zurruhesetzung des seit über Jahresfrist wegen Krankheit aus dem Dienst ausgeschiedenen Bürgermeisters Dr. Paul **Horster**. Der Antrag wurde mit 44 gegen 9 Stimmen angenommen. Die Bürgermeisterstelle wird nun baldigst ausgeschrieben werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Ausschreitungen wegen der Brennereikontrolle

bld. **Oberkirch**, 26. Nov. Zu den schweren Ausschreitungen in **Stadelhofen** am Dienstagabend wird uns von zuständiger Stelle folgende Darstellung gegeben:

In der Nacht zum Dienstag, zwischen 12 und 1 Uhr, wollten vier Zollbeamte von Oberkirch und Offenburg die Brennereien in Stadelhofen einer Kontrolle unterziehen. Die Beamten wurden aber von etwa **zwanzig Burschen** im Alter von 20 bis 30 Jahren innerhalb der Ortschaft **angegriffen** und aufgefordert, sofort die Ortschaft zu verlassen, andernfalls sie lebend nicht mehr hinauskämen. Um Schlimmes zu verhüten, sahen die Beamten von einer Kontrolle ab und zogen sich zurück. Die Burschen hatten ihre Mützen schief ins Gesicht gezogen, um nicht erkannt zu werden, was ihnen aber wenig nützte. Als am Mittwoch früh die Gendarmerie vollzählig in Stadelhofen erschien und die Burschen aus ihren Betten herausholten, war es mit dem Mut der Helden vorbei. Sie wurden ins Bezirksgefängnis Offenburg eingeliefert. An jenem Abend fand in Stadelhofen ein Polterabend und am folgenden Tage zwei Hochzeiten statt, so daß die Burschen wohl **unter der Wirkung des Renchtäler „Neuen"** gehandelt haben.

Wie hierzu weiterhin aus Oberkirch berichtet wird, wurden insgesamt **14 Personen verhaftet**, zwei der Burschen sind flüchtig gegangen. Bei der Kontrolle handelte es sich um eine der üblichen, in gewissen Zeitabständen und bisher fast immer anstandslos durchgeführten nächtlichen Nachschauen der Zollbehörden. Die Verhafteten werden sich wegen Aufruhrs vor dem Offenburger Schöffengericht zu verantworten haben.

DZ. **Odenheim** b. Bruchsal, 26. Nov. Im Alter von 73 Jahren ist an einem Hirnschlag der in weiten Kreisen bekannte Besitzer des Hofgutes auf dem sagenumwobenen herrlichen Schindelberg mit Gasthaus, der frühere Geometer und große Naturfreund **Ludwig Wacker gestorben.**

bld. **Zell a. H.**, 26. Nov. Nach dem **Brand des Nordracher Armenhauses** nahm die Gendarmerie **drei Verhaftungen** vor, doch haben sich, wie wir erfahren, die Verdachtsgründe noch keineswegs derart verdichtet, daß man bestimmte Mitteilungen der Öffentlichkeit übergeben könnte.

bld. **Neuenburg a. Rh.**, 27. Nov. Am Mittwoch mußten **11 Legionäre** von der Gendarmerie in Empfang genommen und nach Müllheim verbracht werden, die **aus Frankreich ausgewiesen** worden waren.

DZ. **Engen**, 27. Nov. In einer **nationalsozialistischen Versammlung** in Hilzingen kam es zwischen **Kommunisten** und Nationalsozialisten von auswärts zu Auseinandersetzungen. Als in der Diskussion die Kommunisten die Internationale anstimmten, antworteten die Nationalsozialisten mit dem Horst-Wessel-Lied. Das war der Beginn zu einer **allgemeinen Schlägerei**, bei der Wein- und Biergläser und Aschenbecher durch die Luft schwirrten und zahlreiche Stühle und Tische zerschlagen wurden. Die Teilnehmer an der Versammlung flüchteten durch Türen und Fenster. Die Gendarmerie war machtlos. Fünf Personen wurden leicht verletzt.

DZ. **Meersburg**, 26. Nov. Das neue **Motorschiff „Baden"** fuhr auf einer Probefahrt infolge Versagens des Abstellhebels am Motor in voller Fahrt auf die **Hafenrampe** auf. Das Schiff saß etwa 1 Meter tief im Mauerwerk fest und konnte nur unter großer Mühe wieder frei gemacht werden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Sammlung.

Die dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände erteilte Erlaubnis zur Sammlung von Geldspenden zugunsten seiner satzungsmäßigen Aufgaben wird in jederzeit widerruflicher Weise bis zum 31. Dezember 1932 verlängert mit der Maßgabe, daß die Sammlung nur durch Versand von Werbeschreiben und Veröffentlichung von Presseaufrufen, nicht aber durch mündliche persönliche Werbung erfolgen darf.

Karlsruhe, den 26. November 1931.

Der Minister des Innern
Maier.

Nr. 106 952.

Entscheidung in einer Enteignungsangelegenheit.

Auf Grund des § 38 (2) des Reichsbahngesetzes vom 30. August 1924 in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1930 (Reichsgesetzblatt II Seite 369 ff.) in Verbindung mit dem badischen Enteignungsgesetz vom 26. Juni 1899 (in der Fassung vom 24. Dezember 1908) bestimme ich:

Für die mit dem Bau einer Reichsbahnverbindungslinie Tuttlingen—Hattingen zusammenhängende Straßenverlegung sind gemäß dem in der Tagfahrt vom 15. Oktober 1931 offengelegten Plan sowie gemäß der Niederschrift über diese Tagfahrt von dem in der Gemarkung Möhringen belegenen Grundstück Lgb. Nr. 3114 etwa 35 qm und von dem in gleicher Gemarkung belegenen Grundstück Lgb. Nr. 3115 etwa 65 qm nach vorheriger Entschädigung an den Unternehmer abzutreten. Als Unternehmer ist die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, vertreten durch die Reichsbahndirektion Stuttgart, anzusehen, welche die Flächen gemäß § 6 des Reichsbahngesetzes für das Deutsche Reich (Reichseisenbahnvermögen) zu erwerben hat.

Berlin, den 11. November 1931.

Der Reichsverkehrsminister
(Siegel) gez. Treviranus.

Dies wird gemäß § 32 Absatz 2 des badischen Enteignungsgesetzes hiermit bekanntgegeben.

Karlsruhe, den 26. November 1931.

Der Minister des Innern
Maier.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Planmäßig angestellt:

Die Gerichtsvollzieher Friedrich **Besserer** beim Amtsgericht Lahr und Otto **Heilig** beim Amtsgericht Engen.

Zur Ruhe gesetzt:

Justizoberinspektor Theodor **Kern** beim Amtsgericht Karlsruhe, Kanzleiassistent Adolf **Feldheim** beim Notariat Müllheim bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft.

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Der frühere Rechtsanwalt Franz X. **Honold** beim Oberlandesgericht, die Gerichtsassessoren Hans **Fränkel** und Dr. Rudolf **Jordan** beim Landgericht Mannheim, Dr. Wolfgang **Weindel** beim Landgericht Heidelberg und Herbert **Gündel** beim Landgericht Konstanz.

Verzichtet auf Zulassung:

Rechtsanwalt Hermann **Knoth** beim Amtsgericht Donaueschingen und Landgericht Konstanz.

Gestorben:

Rechtsanwalt Dr. Richard **Keller** in Mannheim.

Finanzministerium:

Versetzt:

Regierungsbaurat Robert **Jakobi** beim Wasser- und Straßenbauamt Lörrach zum Kulturbauamt Lörrach.

Übertragen:

dem Forstrat Otto **Stärk** in Meßkirch das Forstamt Stockach.

Zeitschriftenschau

„Die Kunst." Als reizvolles bei aller Mannigfaltigkeit doch in allen Teilen wohl harmonierendes Heft ist die Dezember-Ausgabe der altbekannten Münchner Monatsschrift „Die Kunst" erschienen. **Fritz Erler**, der Maler, tritt darin mit einigen seiner Werke vor uns. Gleichzeitig sagt er auch gute Worte über nationale Kunst und über den Wert und das Gesicht der Kunstausstellungen. Von Malern wird der Italiener Emilio **Sobrero** ausführlicher gewündigt. Einführungen in den Leitgedanken der Dresdner Ausstellung **„Das Kunstwerk im Raum"** und die im Städelschen Kunstinstitut in Frankfurt a. M. veranstaltete Ausstellung vom Abbild zum Sinnbild schließen sich an. Die **Plastik** ist durch Bronzearbeiten von Fritz Klimsch, Renée Sintenis, Max Esser, Rudolf Belling und W. Gerstel aus der Bildgießerei Noack vertreten. Eine erfreuliche Erweiterung erfährt das Programm durch **„Kunst und Film"** mit einigen trefflichen Beispielen für die künstlerische Gestaltung des neuen Filmbildes. Aus dem Gebiet der Wohnungskunst wird ein modernes Wohnhaus für 22 500 RM. Baukosten in vielen Einzelheiten vorgeführt, ferner neue Wohnräume aus der Kölner internationalen Raumausstellung und grüne Gartenhöfe für Großsiedlungen. (Verlag F. Bruckmann AG., München.)

Der Kunstwart. November-Heft. Bezeichnend für die Bedeutung, die der Wirtschaftsbegriff im Gegenwartsleben einnimmt, ist das außerordentliche Maß von Interesse, das der Behandlung wirtschaftlicher Fragen heute in allen Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht wird. Der Grund dafür ist nicht sowohl in den unmittelbaren Folgen der wirtschaftlichen Depression zu suchen, die jeder mehr oder weniger am eigenen Leibe zu spüren hat, als vielleicht ebensosehr in dem dunklen, bedrückenden Gefühl der übermächtigen Herrschaft der Wirtschaft über alles Menschliche. Soviel aber auch heute öffentlich oder privat, in den oder jenen Interessentengruppen über Wirtschaftsprobleme geredet oder geschrieben wird, so viele Rezepte werden zur Bewältigung der Wirtschaftsnöte angepriesen, so wenig ist aber auch Erkenntnis über das wahre, innere Wesen der Wirtschaft verbreitet, über ihr rechtes Verhältnis zum Menschen, wenn sie wohltätig zu seinem Dienst, nicht aber zu seiner Beherrschung und Vergewaltigung sich auswirken soll. Lesenswert ist in diesem Sinne ein Aufsatz von Eugen Diesel, bekannt durch seine tiefschürfenden und zielweisenden Abhandlungen auf ökonomisch-technischem Gebiet, im November-Heft des **„Kunstwarts"** (Verlag Georg D. W. Callwey, München) unter dem Titel: Grundsätzliches zum Thema Wirtschaft. Nur die Verbreitung solcher grundlegenden Einsichten über das rechte Maß alles wirtschaftlichen Handelns kann die notwendigen Voraussetzungen für neue, grundsätzliche, nicht mehr zu umgehende wirtschaftliche Entscheidungen schaffen. „Die ganze Zeit", schreibt Diesel am Schluß", ist erfüllt von der Überzeugung, die Dinge ändern zu müssen. Im einzelnen sind viel richtige Einsichten schon geschaffen. Die Gesetze, die Idee des Menschen drängen aus der Verschüttung zum Bewußtsein. Man beginnt zu hoffen, daß die besten Männer nicht mehr zaudern, aus einer verlorenen Welt in ein neues Schiff hinüberzusteigen, nicht nur, um sich zu retten, sondern um verheißungsvolles Land zu gewinnen."

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied heute mein herzensguter Mann, Bruder, Schwager, Onkel und Vetter

Geheimer Regierungsrat, Landeskommissär

Dr. jur. Hans Martin Hartmann

Um stille Teilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen
die tieftrauernde Gattin
Elisabeth Hartmann
geb. Breitwieser

Konstanz, den 26. November 1931.

Die Bestattung findet Samstag, den 28. November, nachmittags 3 Uhr in Konstanz statt. L.582

R.719. **Bruchsal.** Über das Vermögen des **Hans Wagner**, Braumeister in Odenheim, und der **Josef Schorle** Ehefrau Anna geb. Winter in Odenheim, beide Pächter der Brauerei Schorle in Odenheim, wurde heute nachmittag 6 Uhr Konkurs, durch besondere Verfügung gegen jeden Schuldner, eröffnet. **Konkursverwalter** ist Rechtsanwalt Dr. Duttenhofer in Bruchsal. Konkursforderungen sind bis zum 18. Dezember 1931 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am **Mittwoch, den 23. Dezember 1931. vormittags 10 Uhr**, vor dem Amtsgericht Bruchsal, I. Stock, Zimmer Nr. 1. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 18. Dezember 1931 anzuzeigen.

Bruchsal, 24. Nov. 1931.
Amtsgericht. IV.

B.420. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des prakt. Arztes Dr. med. **Gustav Riedlin** in Karlsruhe wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Karlsruhe, den 23. November 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.**

Bad. Lichtspiele • Konzerthaus

Nur Freitag 20.30, Samstag 16 u. 20.30, Sonntag nur 16 Uhr

Jubiläumswoche

Erstaufführung **Die blaue Adria**
Nie gesehene herrliche Bilder von südlichen Gestaden.

Auf der Bühne: **Italienische Volkstänze**
ausgeführt von der **Tanzschule Cilla Herrmann**

Großes Orchester

Preise: -,40, -,60, -,80, 1,-, 1,40.

Jugend zugelassen L.584

Einnahmeanteil z. Gst. der Notgemeinschaft

Bei der **Bayer. Wohlfahrts-Geldlotterie** — Ziehung 19. November 1931 — wurden unter den für Baden genehmigten und verkauften Losen folgende Nummern gezogen: Mit je 100 RM 84178, 64769; je 20 RM 162011, 244673, 253591; je 10 RM 34781, 34941, 64565, 162849, 191929, 253310; je 3 RM alle Lose mit den dreistelligen Endzahlen 144, 341, 479, 767; je 1 RM alle Lose mit den dreistelligen Endzahlen 047, 049, 115, 117, 179, 219, 267, 290, 325, 349, 392, 397, 433, 439, 451, 537, 569, 570, 611, 622, 650, 671, 692, 715, 738, 766, 824, 895, 896, 935. (Ohne Gewähr.) L.583

Wir werben für Sie!

Badisches Landestheater

Samstag, 28. Nov. 1931
*C 9 Th.-Gem. 301—400.

Im weißen Rößl
Singspiel v. Ralph Benatzky

Dirigent: Schwarz

Mitwirkende:
Blank, Genter, Jank, Seiberlich, Seiling, Müllich, Brand, Ernst, Gemmecke, J. Grötzinger, Höcker, Hospach, Kalnbach, Kloeble, Luther, Mehner, P. Müller, Prüter, Hölzer, G. Grötzinger, Jung, Kilian, Kleinbub, Kuhr, Lindemann, Meyer, H. Müller, Nagel, Sonntag

Anfang 20 Ende 23¼
Preise D (0,90—5,70 RM)

So. 29. 11. Nachm.: Nina. Abends: Die Maske. Im Konzerthaus: Frauen haben das gern.

Druck G. Braun. Karlsruhe